

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Was die Länge der Zwischenfrage betrifft, gilt das gleiche, was ich eben gesagt habe.

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Ich komme noch zu einer persönlichen Bemerkung. Ich möchte das nicht nur über die Presse gesagt haben. Ich habe es über die Presse gesagt, ich sage es aber auch hier, Ihnen Auge in Auge gegenüber,

(Unmutsäußerungen und Zurufe: Das ist doch keine Frage!)

daß ich es bedauert habe, Herr Innenminister, daß Sie nicht den Weg auf den Alexanderplatz gefunden haben.

(Unmutsäußerungen, vor allem bei CDU/DA und DSU)

Das hätte den jungen Volkspolizisten sehr geholfen.

Dr. Diestel, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Innere Angelegenheiten

Herr Abgeordneter, ich möchte die Substanz Ihrer Frage beantworten. Sie haben auf die desolote psychische und vielleicht auch ethische Situation unserer Polizisten hingewiesen. Das kann ich bestätigen. Und ich muß Ihnen sagen, die Stellung der Polizei in der Vergangenheit ist bekannt. Ich brauche das nicht zu erläutern. Sie wissen, daß Mitarbeiter des Ministeriums des Innern häufig für nicht schutzwürdige Aufgaben eingesetzt wurden. Und es wird meine Aufgabe sein - und der stelle ich mich ganz vordergründig - den Polizisten ein neues Selbstbewußtsein, einen neuen Stolz, ein neues Berufsdanken zu organisieren. Ich habe in dieser Hinsicht Aktivitäten in meinem Ministerium eingeleitet, die hier ein humanistisches Weltbild für den Garanten unserer Demokratie, also für Mitarbeiter in meinem Ministerium und die Polizisten, organisieren sollen.

Das ist sicherlich auch eine Ursache dafür, Herr Abgeordneter Weiß, daß das Eingreifen der Polizisten in den vergangenen Wochen nicht so direkt gewesen ist, wie es im Interesse des Schutzes der Bürger unseres Landes hätte sein sollen. Ich glaube aber, daß dieses Problem einen Prozeßcharakter hat und daß es mir gelingen wird, das zu überwinden.

Hätte ich rechtzeitig Bescheid gewußt, Herr Abgeordneter, daß am 20.4. dort eine Randal stattgefunden hätte, hätte ich daran auch nicht teilgenommen, weil ich dann als Innenminister meine Aufgabe so organisiert hätte, daß diese Veranstaltung nicht hätte stattfinden können. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich auch nicht in die Kompetenz des Berliner Polizeipräsidenten eingreifen kann. Ich werde das auch künftig nicht tun, und ich werde mich auch künftig gut informieren, wo diese Zusammenrottungen sind. Es gibt geeignetere Persönlichkeiten in meinem Ministerium als mich, die für die öffentliche Sicherheit zuständig sind und hier mit den kompetenten Mitteln und Instrumenten die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA, DSU und Liberalen)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich sehe noch eine Zwischenfrage, die schon längere Zeit da ist. Ich möchte Sie aber fragen, und das muß ich jetzt generell machen, ob wir uns darauf einigen können, daß pro Minister, der hier auftritt, maximal 3 Zwischenfragen zugelassen sind. Mehr halte ich nicht für möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Darf ich jetzt bitte einmal abstimmen lassen: Wer ist dafür, daß wir 3 Zwischenfragen zulassen und nicht mehr? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Die deutliche Mehrheit ist für diese Beschränkung, dann wird so verfahren.

Nun die dritte Zwischenfrage, das Wort hat der Abgeordnete Dr. Polte von der SPD-Fraktion.

Dr. Polte (SPD):

Herr Minister, sehen Sie nicht auch noch andere Gründe als nur die der Rehabilitierung unberechtigt Verfolgter, die Akten

der Staatssicherheit aufzuheben? Denn ich meine, es gibt historische Gründe, um dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte aufzuarbeiten, und es gibt auch Gründe, daß in ganz bestimmten Fällen eine Strafverfolgung möglich sein muß. Es gibt also aus meiner Sicht drei Gründe, diese Akten unbedingt aufzuheben und nicht zu vernichten.

Dr. Diestel, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Innere Angelegenheiten:

Herr Abgeordneter, ich habe meine Meinung dazu deutlich gesagt,

(Beifall, vor allem bei CDU/DA und DSU)

und ich werde mich in dieser Frage, da es eine Schlüsselfrage unserer Demokratie ist, an den Auftrag des Parlaments halten.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Das war die dritte Zwischenfrage. Ich danke Ihnen. Als nächster spricht der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Herr Meckel.

Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte zu allererst meinen Dank aussprechen im Namen der Regierung für die breite Zustimmung zu dem außenpolitischen Teil der Regierungserklärung. Es ist für die Politik dieser Regierung wichtig, zu wissen, daß ein breiter Konsens hinter der Außenpolitik dieser Regierung steht.

Ein wichtiger Punkt, der selbst - das möchte ich so klar sagen, - in der Regierungserklärung gar nicht benannt worden ist, aber natürlich umstritten ist, ist die Frage der NATO. Deutlich sind die außenpolitischen Optionen anderer Partner. Deutlich ist, daß z. B. die USA sagen, und auch in der Bundesrepublik von weiten Teilen wird es gesagt: Natürlich wird das künftige Deutschland Teil der NATO sein. Klares Ja.

Ebenso klar ist, daß die Sowjetunion und auch manche andere, auch in diesem Land, sagen, das geht nicht. Klares Nein.

Was macht man da?

(Gelächter bei einigen Abgeordneten)

Die einen sagen ja, die anderen sagen nein, und das kann man unendlich oft wiederholen, und es hilft nicht weiter. Deshalb ist es unsere Politik, hier nicht in das klare Ja und auch nicht in das definitive Nein einzustimmen, sondern zu fragen: Worum geht es eigentlich?

(Heiterkeit bei Bündnis 90/Grüne)

Was wir wollen, ist ganz klar: Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, und wir werden alles tun, um in dieser Richtung voranzukommen.

Klar ist aber auch, daß der Aufbau eines solchen mehr Zeit braucht, als wir wollen und die deutsche Einigung braucht und hat.

Deshalb müssen wir von einer zeitlichen Differenz ausgehen. Wir können hoffentlich in den nächsten Monaten Perspektiven beschreiben, wie denn ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem auszusehen hat. Was sind Eckpfeiler?

Ich habe die Hoffnung, daß im Gipfeltreffen der KSZE-Staaten im Herbst hier man schon zu Aussagen kommen kann, wenn dann, was ebenfalls unsere Hoffnung ist, die Verhandlungen von 2 + 4 vor dieser Gipfelkonferenz zu einem Abschluß gefunden haben, der uns weiter führt.

Deutlich ist aber auch, daß bis zum nächsten oder übernächsten Jahr, jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt der staatlichen Einheit Deutschlands, dies noch nicht alles perfekt sein wird. Also wir brauchen Übergangsstrukturen, wir brauchen Übergangslösungen, die keinem alles geben können; Sie haben das anfängliche Entweder-Oder gehört.

Wichtig für die Übergangslösungen ist, erstens, daß sie zeitlich begrenzt sind. Hier müssen definitive Begrenzungen ausge-